



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



GVV-Landeskonferenz ein voller Erfolg: über 400 Gäste stimmten sich auf die Bgm.- und GR-Wahl 2017 ein s. 8

Finanzausgleich „neu“:
Bgl. Gemeinden bekommen ab 2017 jährlich rund 7,2 Mio. Euro mehr aus dem FAG S. 2, 3

Gemeindepaket beschlossen: GVV Präsident Trummer: „Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik deutlich verbessert!“ S. 5

Bedarf an Nachfolgern bei Ärzten: medizinische Versorgung der Gemeinden wird DIE Herausforderung der Zukunft S. 14

Klartext !

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

FAG: 7,2 Mio Euro mehr für unsere Gemeinden

Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Bund, Länder und Gemeinden haben sich am 7. November 2016 auf einen neuen Finanzausgleich bis 2021 geeinigt. Für das Burgenland ist der Finanzausgleich relativ erfolgreich verlaufen. Ich sehe aber das Ergebnis für die burgenländischen Gemeinden mit „gemischten Gefühlen“. Wir konnten beim FAG zwar viel mehr Geld für unsere Gemeinden erreichen, ich hätte mir aber von Finanzminister Schelling mehr Ausgleich für benachteiligte Gemeinden erwartet. Leider wird nämlich die Ungleichheit zwischen Gemeinden gleicher Größe in westlicher und östlichen Bundesländern fortgeschrieben.

Mit 3,34% der Einwohner 7% des „frischen Geldes“

Es ist aber gelungen, dass sehr viele Gemeinden im Burgenland mehr Geld bekommen und jedenfalls keine Gemeinde (pro Einwohner gerechnet) Geld verlieren wird. Insgesamt bekommen die österreichischen Gemeinden jährlich 103 Mio. Euro und davon Gemeinden im Burgenland 7,2 Mio. Euro mehr (plus einmalig 1,08 Mio. Euro für Gemeinden mit Asylwerber)! Mit 3,34% der Einwohner bekommen somit wir Burgenländer 7% der zusätzlichen Gelder! Der GVV Burgenland hat federführend diese Gelder innerhalb des Gemeindebundes erkämpft!

Im Österreichvergleich sind aber Bürger leider weiterhin unterschiedlich viel wert. Es wird leider weiterhin so sein, dass Burgenländer bis zu einem Drittel weniger wert sind, als Bürger in gleichgroßen Gemeinden in westlichen Bundesländern. Die langjährige GVV Burgenland Forderung nach einem Strukturfonds mit Sondergeldern für strukturschwache Abwanderungsgemeinden wurde aber zumindest mit 60 Mio. Euro berücksichtigt. D.h., das wird vor allem für finanzschwächere Gemeinden im Burgenland eine wichtige Hilfe sein. Das ist ein voller Erfolg des GVV Burgenland!

Außerhalb des Finanzausgleiches stellt der Bund bis 2025 rund 750 Mio. Euro für den Ausbau ganztägiger Schul- und Betreuungsformen bereit. Darüber hinaus soll es einen kommunalen Infrastrukturfonds geben, der mit 175 Mio. Euro dotiert wird.

Zusammen 90,5 Mio. Euro mehr

Insgesamt siehe ich deshalb das Ergebnis des Finanzausgleiches für das Land Burgenland (jährlich 5,2 Mio. Euro mehr Geld) und die burgenländischen Gemeinden sehr positiv, denn zusammen bekommen wir für die fünfjährige FAG-Periode 90,5 Mio. Euro mehr plus 5,7 Mio. jährlich für gemeinschaftliche Aufgaben! Ich sage immer, Land und Gemeinden sitzen in einem Boot, und deshalb ist die gute Zusammenarbeit so wichtig.

Mit diesem FAG-Ergebnis können wir unsere Aufgaben, wie Gesundheitsversorgung, Pflege usw., auch in Zukunft bewältigen. Für den Investitionsspielraum in unseren Gemeinden hätte ich mir natürlich durch eine bundesweit gerechtere Verteilung noch mehr Geld gewünscht. Ich bin aber froh, dass wir vor allem für strukturschwache Abwanderungsgemeinden und finanzschwächere Gemeinden Hilfe erkämpfen konnten, auch wenn hier der Finanzminister gefordert ist, noch weitere Schritte zu setzen!“

2016 gemeinsam viel erreicht

Das auslaufende Jahr 2016 ist für die burgenländischen Gemeinden ein gutes Jahr! Wir konnten gemeinsam beispielsweise ein Gemeinderechtpaket erreichen, das auch für uns KommunalpolitikerInnen modernere Rahmenbedingungen und eine finanzielle Aufwertung bringt. Wir konnten gemeinsam als GVV Burgenland den Stellenwert unserer Gemeinden und unserer KommunalpolitikerInnen weiter heben und wir sind ein starker Partner für unsere Landesregierung.

In diesem Sinn bedanke ich mich bei allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung im Jahr 2016. Ich wünsche euch frohe Weihnachtstage und vor allem ein erfolgreiches Bürgermeister- und Gemeinderatswahljahr 2017!

Mit freundschaftlichen Grüßen Euer

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

Finanzlandesrat Helmut Bieler und GVV Burgenland Präsident Erich Trummer sind mit dem Ausgang der FAG-Verhandlungen zufrieden.

Foto: LSM



„Finanzausgleich neu“: Gemeinden und Land erhalten rund 90,5 Mio. Euro mehr

Bund, Länder und Gemeinden haben sich im November 2016 auf einen neuen Finanzausgleich bis 2021 geeinigt. Für das Burgenland ist der Finanzausgleich erfolgreich verlaufen. Land und Gemeinden erhalten rund 90,5 Millionen Euro mehr!

Finanzlandesrat Helmut Bieler und GVV Burgenland Präsident bewerten das Verhandlungsergebnis als Erfolg, wenn auch mit Abschlägen. „Ich sehe das Ergebnis für die burgenländischen Gemeinden mit ‚gemischten Gefühlen‘. Wir konnten beim FAG zwar viel mehr Geld für unsere Gemeinden erreichen, ich hätte mir aber von Finanzminister Schelling mehr Ausgleich für benachteiligte Gemeinden erwartet“, so Trummer in Richtung des Finanzministers. Leider, so Trummer weiter, werde nämlich die Ungleichheit zwischen Gemeinden gleicher Größe in westlichen und östlichen Bundesländern fortgeschrieben, da im Österreichvergleich Bürger leider weiterhin unterschiedlich viel wert seien. Mit der Konsequenz, dass „auch in Zukunft ein Burgenländer bis zu einem Drittel weniger wert ist, als Bürger in gleichgroßen Gemeinden in westlichen Bundesländern“, so Trummer. Grundsätzlich sei der neue FAG aber ein großer Erfolg für die burgenländischen Gemeinden. In diese Kerbe schlägt auch Landesrat Helmut Bieler: „Wir haben gut und intensiv für das Land, aber auch für die burgenländischen Kommunen verhandelt.“ Inclusive der Mittel für die

gemeinschaftlichen Aufgaben erhalten das Land und die burgenländischen Gemeinden über die fünfjährige FAG-Periode rund 90,5 Mio. Euro mehr! „Das ist ein großer Erfolg, angesichts der enorm schwierigen Rahmenbedingungen“, so Bieler.

Außerdem konnte durch geschickte Verhandlungen zwischen den Ländern verhindert werden, dass eine neue Gastpatientenregelung eine Benachteiligung für das Burgenland von rund 40 Millionen Euro mit sich bringe, so Bieler.

Ein wesentlicher Punkt im neuen Finanzausgleich ist die Stärkung der Gemeinden. Der oft kritisierte abgestufte Bevölkerungsschlüssel - mittlerweile stark abgeflacht - bleibt zwar erhalten, struktur- und finanzschwache, sowie von Abwanderung betroffene Gemeinden erhalten allerdings einen Ausgleich von 60 Millionen Euro aus Mitteln eines neuen Strukturfonds. Trummer: „Die langjährige GVV-Burgenland-Forderung nach einem Strukturfonds mit Sondergeldern für strukturschwache Abwanderungsgemeinden wurde mit 60 Millionen Euro berücksichtigt. D.h., das wird vor allem für finanzschwächere Gemeinden im Burgenland eine wichtige Hilfe sein. Von diesen zusätzlichen Mitteln werden vor allem die burgenländischen Gemeinden überproportional profitieren. Das ist ein voller Erfolg des GVV Burgenland!“

„FAG neu“ im Detail

- Ab 2017 fließen insgesamt 300 Mio. Euro mehr an Länder und Gemeinden. Die zusätzlichen Mittel sichern die nachhaltige Haushaltsführung, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales ab.
- Weiters wird vom Bund ein einmaliger Zuschuss von 125 Mio. Euro für Migrations- und Integrationsausgaben ausbezahlt.
- Das Land Burgenland bekommt somit ab 2017 jährlich rund 5,2 Mio. Euro mehr aus dem Finanzausgleich, die Gemeinden des Landes jährlich rund 7,2 Mio. Euro mehr.
- Das sind über die Finanzausgleichsperiode gesehen für das Land ein Plus von 26 Millionen Euro und für die Gemeinden ein Plus von 36 Mio. Euro. Zusätzlich erhält das Land Burgenland eine Einmalzahlung für die Flüchtlings- und Integrationskosten.
- Darüber hinaus fließen an die Gemeinden österreichweit 80 Mio. Euro für die Siedlungswasserwirtschaft.
- Über die Bankenabgabe, die nun eindeutig als gemeinschaftliche Bundesabgabe festgelegt ist, erhalten Länder und Gemeinden 30 Mio. Euro jährlich.
- Der Pflegefonds wird ab 2018 mit 4,5 Prozent valorisiert, das entspricht einem zusätzlichen Wert von 164 Mio. Euro bis 2021.
- Für den Ausbau von Hospiz und Palliativversorgung werden von Bund, Ländern und Sozialversicherungen jährlich 18 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.



Vorwort !



Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Nach der geschlagenen US Präsidentschaftswahl sind wir nun alle ein bisschen klüger geworden. Der Sieg von Donald Trump hat – wieder einmal – die Meinungsforschung ad absurdum geführt. Trump hat nicht nur gewonnen, er hat die Wahl mit respektablem Abstand für sich entschieden, zumindest was die Siege in den einzelnen Bundesstaaten angeht und damit die Anzahl der Wahlmänner. Clinton hat ja bekanntlich mehr Wählerstimmen geholt, was aber beim US-Wahlsystem nicht ausschlaggebend ist. Nun gibt es viele, die das amerikanische Wahlsystem angreifen, viele, die einfache Erklärungen suchen, warum es Clinton trotz Führung in den Umfragen, trotz internationaler Anerkennung und trotz vieler Medien auf ihrer Seite letztendlich nicht geschafft hat. Eine gute Erklärung liefert dazu die Expertin der New Yorker Denkfabrik „Manhattan Institute“: Kay Hymowitz. Ein Hauptfaktor ist für sie der „Klassensnobismus“ der Eliten, die ihrer Ansicht nach so abgehoben sind, dass sie nicht nur einen möglichen Trump-Sieg nicht sehen wollten, sondern den Kern von Trumps Wählerschaft nicht verstehen könnten. Die „Eliten“ seien zwar fähig, diese Wähler mit wissenschaftlichen Begriffen zu beschreiben, hätten aber keinerlei Gefühl für deren Lebenssituation. Es entsteht laut Hymowitz der Eindruck „... als ob wir eigentlich kaum etwas gemein haben...“. Das Grundproblem dahinter ist die Segregation, dh wir umgeben uns alle nur mehr mit Menschen, die unserem Weltbild und unserer Lebensweise entsprechen. Es findet kein Diskurs mehr statt, bei dem man Offenheit für andere Standpunkte und Lebensweisen kennenlernen könnte. Dazu kommt auch eine überzogene Form der Political Correctness, die dazu führt, dass viele wichtige Themen tabuisiert sind. In den USA zB kann man nicht mehr offen darüber reden, dass die Kriminalitätsrate – proportional gesehen – unter Schwarzen in den Innenstädten viel höher ist als unter Weißen, wofür es viele und sehr unterschiedliche Ursachen gibt. Das führt dazu, dass in den USA die Trump-Wähler „die Geringschätzung“ der Eliten ihnen und ihrem Lebensstil gegenüber spüren und es bei der Wahl dann auch zurückzahlen. Dies spüren wir auch immer mehr in Europa und auch in Österreich. Wir müssen – auch im Hinblick auf zukünftige Wahlen, egal auf welcher Ebene in Österreich – lernen, einen Diskurs zu führen, andere Meinungen zu verstehen und dann erst versuchen, Menschen von unserem Standpunkt zu überzeugen. Mit guten Argumenten und Verständnis für die Situation, sonst wird die viel zitierte Spaltung nicht nur in den USA, sondern auch in Österreich weiter gehen. Wenn aber eine Gruppe sehr pessimistisch ist, für sich selbst und für ihre Kinder keine Zukunft sieht und sich vor Veränderungen fürchtet, dann treibt sie die Wut über die Eliten, die in ihren Augen an ihrer Misere schuld sind, an. „Trump, ist Hymowitz überzeugt, habe als Einziger den Frust, die Wut und die Sorgen der „forgotten men“ – das Pendant zum „kleinen Mann“ – erkannt und im Wahlkampf stets betont, dass mit ihm „die vergessenen Menschen nicht länger vergessen“ sein werden. Trumps Wähler erwarten gar nicht, dass er seine ganzen Wahlversprechen einlöst. Das Entscheidende ist, dass mit Trump endlich jemand sie und ihre Nöte „gesehen“ hat.“ Aus diesen Worten von Kay Hymowitz müssen wir lernen!

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Einladung
zum Tag der offenen Tür

von 10.00 bis 14.00 Uhr

Dienstag, 20. Dezember 2016
Büro des GVV Burgenland
Eisenstadt, Rotes Haus
Johann Permayerstraße 2



Die Graphik zeigt in übersichtlicher Form die Vorteile des Gemeinderechtpaketes Foto: GVV

Weichenstellung für eine umfassende Modernisierung der Kommunalpolitik

Mehr Wertschätzung, mehr Demokratie, mehr Kontrolle bringt das neue Gemeinderechtpaket, das Anfang November vom Burgenländischen Landtag beschlossen wurde.

Unter Leitung von Gemeindereferentin LRin Mag. Astrid Eisenkopf und unter wesentlicher Einbeziehung der Expertise des GVV Burgenland konnte ein Paket geschnürt werden, das sowohl den Bedürfnissen einer Kommunalpolitik gerecht wird, als auch von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien angenommen wurde. Dadurch werden Rahmenbedingungen für eine neue, modernere Kommunalpolitik geschaffen. Die politische Arbeit in Kommunen wird attraktiver, lebendiger und weniger bürokratisch. Minderheitenrechte werden massiv gestärkt, etwa durch das Recht auf Akteneinsicht zu Verhandlungsgegenständen, bessere und praxistaugliche Rahmenbedingungen für den Prüfungsausschuss und vieles mehr. Künftig wird es auch möglich sein, zu Gemeinderatssitzungen per eMail einzuladen, was bei unserem hohen Pendler- und Studentenanteil im Burgenland ein Gebot der Stunde war.

Wichtig ist außerdem, dass es zu einer finanziellen Verbesserung für die Gemeindepolitiker kommt. Zum Beispiel wird das Gehalt eines Bürgermeisters einer Gemeinde bis 500

Einwohner um 25% erhöht, bei Gemeinden mit 501-1000 Einwohnern um 21%. Deutlich angehoben werden auch die Sitzungsgelder (von 35 auf 86 €). „Wir sind in dieser Hinsicht derzeit absolutes Schlusslicht in Österreich. Die Herausforderungen, denen sich unsere Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gemeinderäte gegenüber sehen, werden immer komplexer und schwieriger. Wir brauchen aber auch in Zukunft motivierte und engagierte KommunalpolitikerInnen - daher verbessern wir die finanziellen Rahmenbedingungen mit Augenmaß und schließen zum österreichischen Durchschnitt auf“, so GVV Präsident Erich Trummer. Ein wesentlicher Punkt im Kommunalpakt ist auch die Option eines hauptberuflichen Bürgermeisters.

Erweitert werden außerdem die demokratischen Angebote für die Bürger. Konkret wird auch bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2017 ein zweiter Wahltag eingeführt. Auch Entbürokratisierung der Kommunalpolitik und der Ausbau der Minderheitenrechte stehen im Fokus. Jede Fraktion soll in allen Ausschüssen zuhören, schriftliche Anfragen stellen und Punkte auf die Gemeinderats-Tagesordnung bringen können oder Anspruch auf Kopien von Sitzungsunterlagen haben. Fristen werden auf acht Tage vereinheitlicht und elektronische Sitzungseinladungen ermöglicht.

Räumpflicht: Gefahr durch Schnee und Laub

Mit Beginn der kalten Jahreszeit werden diverse Pflichten der Gemeinde und der Gemeindebürger schlagend. Dazu zählen auch die Pflicht zur Schneeräumung auf Straßen und Gehwegen und die Beseitigung von Laubansammlungen, die zu einer Gefährdung führen können.

Die an Laub reichste Zeit ist bereits vorüber, dennoch sei darauf hingewiesen, dass auch Laub Straßen und Gehsteige in Rutschbahnen verwandeln. Der Gesetzgeber verpflichtet die Eigentümer von Liegenschaften in Ortsgebieten jene Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen, die entlang ihrem Grundstück verlaufen, innerhalb einer bestimmten Zeitspanne gesäubert zu halten. Für Gemeinden als Straßenerhalter gilt: Dort wo Laubansammlungen eine Gefährdung der Verkehrssicherheit darstellen, sind Laub und natürlich auch Äste von der Fahrbahn und vom Gehsteig zu entfernen. Besondere Sorgfalt ist etwa bei der Beseitigung von rutschigem Laub am Schulgelände (Schulhof, Wege, Stiegen etc.) geboten.

Schneeräumung ist eine Pflicht, die sowohl die Gemeinde als auch Anrainer betrifft. Gehsteige und Gehwege, die sich innerhalb einer Entfernung von 3 Metern ab der Grundstücksgrenze befinden und dem öffentlichen Verkehr dienen, müssen entlang der gesamten Liegenschaft in der Zeit von 6 bis 22 Uhr von Schnee und Verunreinigungen gesäubert und bestreut sein. Existiert kein Gehsteig (Gehweg), so ist der Straßenrand in einer Breite von einem Meter zu säubern und zu bestreuen. Die Gemeinde ist zur Schneeräumung auf Gehwegen nach der Straßenverkehrsordnung lediglich dann verpflichtet, wenn sie Grundstückseigentümer im Ortsgebiet ist und Gehwege und Gehsteige innerhalb einer Distanz von 3 Metern anliegen (Rathaus, Kindergarten,...).

Das Bgld. Straßengesetz sieht vor, dass der Winterdienst (Aufstellen von Schneezeichen und Schneezäunen, Schneeräumung und Streuung) auf den öffentlichen Straßen dem jeweiligen Straßenerhalter obliegt. Auf Verkehrsflächen von untergeordneter Bedeutung, an denen keine bewohnten Gebäude liegen, kann der Winterdienst entfallen.

Rechtsberatung für Gemeinden

Der GVV hat mit Herbst diesen Jahres beginnend eine Rechtsberatung für Gemeinden und Institutionen der SPÖ eingeführt. Somit gibt es jetzt eine verbindliche Rechtsberatung für den GVV und damit für seine Gemeinden/Mitglieder, und zwar in Form einer Onlineberatung und einer Präsenzberatung im GVV Büro durch Rechtsanwalt Mag. Peter Rezar jun.. Beratungstermin ist jeden ersten Dienstag im Monat Vormittag im GVV Büro. Dazu gibt es ein Kontaktformular auf der GVV Homepage mit Zugangscode, bei dem die Frage formuliert und abgeschickt werden kann. Jede Gemeinde, in Minderheitsgemeinden der Vizebürgermeister bzw. Ortsparteivorsitzende, erhielt bereits kostenlos einen Beratungsgutschein des GVV. Die Anfrage erhält Rechtsanwalt Rezar direkt. Der Besuch im GVV Büro in Form der Präsenzberatung vor Ort geht über Voranmeldung via GVV Sekretariat. Bezahlt wird von den Gemeinden bzw. einzelnen Personen mit dem GVV Gutschein, den alle per Mail zugeschickt bekommen haben. Darauf gibt es einen einmal gültigen Code, der eingegeben werden muss und damit seine Gültigkeit verliert. Jeder Gutschein läuft außerdem am Ende jedes Kalenderjahres ab und kann nicht ins nächste Jahr mitgenommen werden. Nicht vom Rechtsberatungssystem des GVV erfasst sind Privatklagen einzelner Funktionäre bzw. zivilrechtliche Fragen.

Nachdem der an alle Gemeinden/Institutionen zugesendete Gutschein mit 31. 12. dieses Jahres seine Gültigkeit verliert und wir auch nur mehr den 6. 12. als Präsenzberatungstag in diesem Jahr haben, ersuchen wir alle, die ihren Gutschein für 2016 noch nutzen wollen, dies zu tun. Termine können entweder online über die Eingabemaske oder via Mail bzw. Telefon über das GVV Büro vereinbart werden.

Van der Bellen gewinnt Bundespräsidentenwahl

Alexander Van der Bellen hat die Wiederholung der Bundespräsidentenstichwahl gewonnen. Van der Bellen kommt laut einer ersten Hochrechnung inklusive Wahlkarten auf 53,3% der Stimmen, Norbert Hofer erreicht 46,7%.



Auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung standen allen voran organisatorische Belange

Foto: GVV

GVV Österreich Vorstand tagte in Linz: der GVV Burgenland saß mit am Tisch!

Anfang Dezember fand in Linz die Vorstandssitzung des GVV Österreich statt. Der GVV Österreich, früher KPZ, ist die Vereinigung aller sozialdemokratischen GVV's aus Österreich. Vertreten sind Städte und Gemeinden, die von SPÖ BürgermeisterInnen regiert werden.

Seit diesem Jahr hat die neue Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz

den Vorsitz inne. Im Rahmen der Sitzung, bei der auch SPÖ Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler anwesend war, ging es vor allem um innerorganisatorische Themen und die neue GVV Bundesumfrage, die österreichweit gestartet wurde. Der GVV Burgenland ist durch seine beiden Vizepräsidentinnen BR Inge Posch-Gruska und Renate Habetler sowie GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold vertreten.

Wahlkarten für die Hofburgwahl: Know-how aus Hirm gefragt

Der österreichische Bundespräsident wurde mit Wahlkarten aus dem Burgenland gewählt. Produziert wurden sie von der Österreichischen Kuvertindustrie (ÖKI) in Hirm.

Die ÖKI produzierte 1,6 Millionen Wahlkarten für den Wahlgang am 4. Dezember. Der Betrieb ist der letzte verbliebene Kuverthersteller in Österreich und wurde von der Staatsdruckerei mit dem brisanten Auftrag betraut. Die Wiederholung der Stichwahl war ja wegen sich auflösender Wahlkarten verschoben worden.

Die Stimmzettel wurden von der kbprintcom, die ursprünglich den Auftrag erhalten hatte, produziert. Die kbprintcom blieb auch

nach der Wahlkarten-Panne mit dem Gesamtauftrag betraut, weil andernfalls eine Neuausschreibung erfolgen hätte müssen und die Wahl erst im nächsten Jahr stattfinden hätte können. Die kbprintcom vergab den Auftrag für die Wahlkuverts an die Österreichische Staatsdruckerei, die wiederum die ÖKI beauftragte.

Die Produktion der neuen Wahlkarten stand unter besonders strenger Kontrolle – öfter als sonst wurden Muster auf ihre Qualität geprüft. Das schwierigste an diesem Auftrag war jedoch der Zeitdruck. Für die Österreichische Kuvertindustrie, die in Hirm mit 70 Mitarbeitern pro Jahr 500 Millionen Kuverts produziert, war dieser Wahlkartenauftrag sehr prestigeträchtig.



Kulturreise

DUBROVNIK

mit Ausflug Montenegro und Weintour Halbinsel Pelješac

Samstag, 08. April 2017 bis Donnerstag 13. April 2017

Teilnehmerzahl: min. 30 Teilnehmer



Inkludierte Leistungen:

- ✓ Busfahrt zum Flughafen Wien Schwechat und wieder retour
- ✓ Linienflug Wien – Dubrovnik – Wien mit Austrian Airlines in der Economy Class inkl. 23 kg Freigepäck
- ✓ Sämtliche Flughafen-, Sicherheits- und Buchungsgebühren
- ✓ Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen in Dubrovnik **inkl. Orientierungsfahrt durch Dubrovnik**
- ✓ **6 Tage/5 Nächte** im 5* Bellevue Dubrovnik inkl. Frühstück
- ✓ **Halbtagestour Dubrovnik** (3 Stunden) mit deutschsprachigem Guide und Bus
- ✓ **Ganztagestour Montenegro** mit deutschsprachigem Guide und Bus inkl. Eintritt König Nikolaus Museum und Mittagessen (ohne Getränke)
- ✓ **Ganztagestour Weintour Halbinsel Pelješac** mit deutschsprachigem Guide und Bus inkl. Weinverkostung und kleinem Imbiss
- ✓ **Abendessen** in einem Restaurant in der Altstadt von Dubrovnik (**GVV Einladung**)

Flugzeiten mit AUSTRIAN AIRLINES

08.04.2017 OS731 Abflug ab Wien 12.50 – 14.10 an Dubrovnik

13.04.2017 OS732 Abflug ab Dubrovnik 14.55 – 16.25 an Wien

Preis:

Pauschalpreis pro Person im Doppelzimmer
Einzelzimmerzuschlag

€ 1.290,-
€ 360,-

Nicht inkludierte Leistungen:

- Komplettschutzversicherung inkl. Storno: Euro 79,- pro Person (bei EZ Buchung € 96,-), Reiseschutzversicherung: Euro 33,- pro Person
- Ausgaben der persönlichen Art

Anmeldeschluss ist der 16.12.2016

Anmeldungen bitte unter: elisabeth.wenzl@gvvgld.at
oder tel. 02682/755-DW 255



Bürgermeisterin Renate Habetler (Bernstein) mit Johann Grillenberger, Vorsitzender Pensionistenverband Burgenland
Fotos: GVV Burgenland



GVV Burgenland Präsident Bürgermeister Erich Trummer begrüßte Landeshauptmann Hans Niessl herzlich im Lisztzentrum in Raiding



GVV Präsident Bgm. Erich Trummer mit Österreichs jüngster Bürgermeisterin, Elisabeth Feichtinger (Altmünster, OÖ), und GVV Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold



Nationalratsabgeordneter Bgm. Erwin Preiner und Vizebürgermeister Ernst Pratl (Neustift an der Lafnitz)

Landeskonferenz des GVV Burgenland war ein voller Erfolg

Am 15.10.2016 hielt der GVV Burgenland im Lisztzentrum in Raiding unter dem Motto "Starke Partner! Starke Gemeinden" eine außerordentliche Landeskonferenz des Verbandes ab. Insgesamt besuchten fast 400 Delegierte und/oder Gastdelegierte die Veranstaltung in Raiding, darunter auch Gäste aus anderen Bundesländern.

Im Mittelpunkt stand daneben die bevorstehende Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2017. Vor der Konferenz, die diesmal auch als Zeichen der Öffnung per Livestream auf der GVV Facebookseite übertragen wurde, gab es ein Meet and Greet aller Partner mit den Kommunalpolitikerinnen. Ziel war es, auf kurzem Wege, Kontakte zu knüpfen.

Im Rahmen der Landeskonferenz wurden auch Anträge zum neuen Gemeinderechtspaket, das der GVV in wesentlichen Punkten mitverhandeln durfte, sowie für mehr Gerechtigkeit im Finanzausgleich nach dem Motto „Jeder Bürger muss gleich viel wert

sein!“ mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen.

Ein Wunsch der BürgermeisterInnen ist natürlich mehr Geld für ihre Gemeinden und mehr Gerechtigkeit. Daher wurde auch der Antrag auf einen gerechten Finanzausgleich einstimmig verabschiedet. Präsident Trummer formulierte bei der Landeskonferenz auch das Ziel für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr. „Wir haben 87 Bürgermeister als Vorsitzende in den Gemeinden und wir wollen natürlich stärker werden. Wir haben sieben Bürgermeisterinnen, um sieben mehr als die ÖVP. Und ich glaube, auch hier ist eine Steigerung möglich“, so Trummer. Die nächste ordentliche Landeskonferenz des GVV Burgenland findet dann planmäßig nach den Kommunalwahlen im Oktober 2017 statt. (Fortsetzung auf den S. 9,10,11)

Alle Fotos zur Landeskonferenz 2016 gibt es unter: www.gvvbgld.at/de/bilder-landeskonferenz.html



Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil mit SPÖ-Mandatarinnen, allen voran Landesrätin Verena Dunst sowie Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf und BRin Inge Posch-Gruska



Gemeindevorstand Claudia Pingitzer (Deutschkreutz) mit Johann Janisch (Burgenländischer Müllverband) und Gästen



Die GVV Präsidenten i. R. Bgm. Ernst Schmid und Walter Prior, SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich und LT-Präsident Christian Illedits



Starke Partner: die SPÖ-Regierungsgriechen zieht mit SPÖ-GemeindevertreterInnen im Dienste der BürgerInnen an einem Strang



Der Großhöfleiner Bürgermeister Heinz Heidenreich mit Mag. Christian Dax, der mit 1. Jänner 2017 die Arbeit als neuer Geschäftsführer der SPÖ Burgenland aufnimmt



Bgm. Vinzenz Knor, Vizebürgermeister Christian Garger, Stadtrat Alfred Brenner aus Güssing mit Bürgermeister Günter Valika (Jabing)



Auch Klingenbach war bei der Landeskonferenz stark vertreten: Bgm. Johann Frank mit seinem designierten Nachfolger GV Richard Frank und Mag. (FH) Bettina Frank



Das Meet and Greet vor der Konferenz wurde zum regen Austausch und zum Knüpfen von Kontakten genutzt.



BM Mag. Hans Peter Doskozil mit SPÖ-Bezirks-GF Patrick Hafner, Energie Burgenland Vorstand Mag. Michael Gerbavits mit einer Abordnung aus Gerersdorf



Landesrätin Verena Dunst mit Bürgermeister Ing. Eduard Zach aus Heiligenkreuz im Lafnitztal



Herzliche Begrüßung zwischen GVV Präsident i. R. Walter Prior und Bundesrätin Inge Posch-Gruska



Landesrat Mag. Norbert Darabos im Gespräch mit BR Peter Heger



BM Hans Peter Doskozil, LH Hans Niessl und GVV Präsident Bgm. Erich Trummer verfolgten mit Interesse die Vorträge
Links: SPÖ Klubobmann Robert Hergovich mit Bgm. Jürgen Marx, GR Johann Sommer und Ortspartei Vorstand GR Erich Mahr (Mörbisch)



Selfies gehören zum Guten Ton: BM Doskozil und LH Niessl mit Mag.a Monika Stiglitz



Vor dem Gang in den Festsaal wurde rege diskutiert



Eva Hofbauer freute sich mit ihrer Mutter über ihren Sieg beim Jugendwettbewerb



Mag.a Dr.in Elisabeth Neuhold mit ihrem Gatten



Bürgermeisterin Elisabeth Feichtinger mit Bgm. Josef Kutrovatz, Vizebürgermeisterin Ulrike Kitzinger und GR Franziska Duskanits (Sigleß)



Bgm. Ing. Gerhard Zapfl mit dem Walbersdorfer Ortsvorsteher Hubert Lang



Stadträtin Mag.a Brigitte Novosel, Bgm. LAbg. Werner Friedl, Bgm. Josef Wetzelhofer (Pama)



Bgm. Elisabeth Feichtinger (im Bild mit LRin Astrid Eisenkopf, BR Inge Posch-Gruska, Moderatorin Nora Schleich und GR Ralf Wallner) begeisterte die ZuhörerInnen (oben) mit ihrem erfrischenden Auftritt.



Bgm. Kurt Fischer (Baumgarten) mit Bgm. Erich Zweiler (Weppersdorf)



Bgm. Christoph Haider mit Vizebgm. Didi Csögl und Mag. Gerhard Frasz



LR Helmut Bieler mit Vizebürgermeisterin Elisabeth Böhm (Neusiedl am See)

Landesfeiertag: Ehrung verdienter Gemeindeführer

Ein Land feiert seine Bürger: Zu Martini lud Landeshauptmann Hans Niessl nach guter Tradition ins KUZ Eisenstadt um Burgenländerinnen und Burgenländern für ihre Leistungen zu danken.

Unter den Geehrten sind die Bürgermeister Helmut Zakall (Zagersdorf), Leonhard Steinwandtner (Jois), Eduard Zach (Heiligenkreuz im Lafnitztal, Werner Huf (Müllendorf), Johann Balogh (Nikitsch) und Dr. Leonhard Schneemann (Unterkohlstätten).



Links: GVV Präsident Bgm. Erich Trummer mit LH Hans Niessl und dem Geehrten Bgm. Leonhard Steinwandtner aus Jois

Oben (v.l.): GVV Präsident Bgm. Erich Trummer, die Bgm. Werner Huf, Johann Balogh, Helmut Zakall, LH Hans Niessl, die Bgm. Dr. Leonhard Schneemann und Eduard Zach

Gemeinnützig tätig: Was dürfen Flüchtlinge?

Nach zähen Verhandlungen wurde nun vom Bund festgelegt, welche gemeinnützigen Tätigkeiten Asylwerber künftig für Gemeinden leisten dürfen. Diese (Hilfs-)tätigkeiten müssen anlass- bzw. projektbezogen und nicht auf Dauer ausgerichtet sein, sie dürfen zugleich bestehende Arbeitsplätze nicht ersetzen oder gefährden. Als gemeinnützige Tätigkeiten in diesem Sinne sind u. a. Unterstützung in der Verwaltung, wie etwa in der Administration (Bürohilfsdienste, Einscannen, etc.) und in der Buchhaltung, Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung (Betreuung von öffentlichen Parkanlagen, Flurreinigung auf öffentlichen Flächen etc.), Unterstützung bei Dolmetschbedarf in öffentlichen Schulen, Altenbetreuung/Besuchsdienste, Sperrmüllaktion oder Hilfstätigkeiten in diversen Freizeiteinrichtungen der Städte zu verstehen.

Gemeindebund-Präsident feiert 65er!

Gemeindebund Österreich Präsident Helmut Mödlhammer feierte dieser Tage in Wien seinen 65sten Geburtstag. Dazu lud er viele Freunde, Weggefährten und Mitarbeiter zur Feier ins Feuerwehr Weingut Wagner nach Döbling. Unter den Gratulanten auch GVV Präsident Erich Trummer, der es sich nicht nehmen ließ, Mödlhammer persönlich zu gratulieren. Mödlhammer selbst wird bei der nächsten Wahl zum Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes nicht mehr antreten.



GVV Burgenland Präsident Erich Trummer gratuliert Gemeindebund Präsident Helmut Mödlhammer zum 65er.

Foto: Carina Rumpold, Österreichischer Gemeindebund



Abschiedsfeier in Deutsch Kaltenbrunn. Der langjährige Bürgermeister der südburgenländischen Gemeinde Deutsch Kaltenbrunn, Erwin Hafner, feierte dieser Tage im Rahmen eines Überraschungsfestes Abschied. Er wird in den kommenden Wochen sein Amt als Bürgermeister der Gemeinde an seine designierte Nachfolgerin, Andrea Reichl, übergeben. Reichl selbst arbeitet in der Gemeindeverwaltung von Deutsch Kaltenbrunn und kennt daher den Betrieb seit Jahren. Hafner war einer der sich am längsten im Amt befindlichen Bürgermeister des Landes. Dementsprechend groß war die Zahl der Gäste beim Abschiedsfest. Auch eine Delegation der SPÖ Bürgermeister des Bezirks Jennersdorf und GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold erwiesen Hafner die Ehre und stellten sich mit kleinen Geschenken zu seinem Abschied ein. Bild (v.l.n.r.): Bgm. Helmut Sampt, Vzbgm. Günter Laschet, Bgm. Erwin Hafner, Bgm. Reinhard Knaus, GVV LGF Mag. Herbert Marhold, Bgm. Edi Zach Foto: GVV Burgenland

Preiner: Budget 2017 für mehr Jobs und Sicherheit

Das Bundesbudget für 2017 in der Höhe von 77,5 Mrd. Euro bringe mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung und Infrastruktur, mit dem Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu senken. Und das sei gut so, betont NR Erwin Preiner.

Konkret sind für Arbeit, Soziales, Familie, Gesundheit und Frauen 39,2 Mrd. Euro budgetiert, auf die Bereiche Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt sind 9,4 Mrd. Euro veranschlagt. 14 Mrd. Euro fließen in die Bereiche Bildung, Forschung und Kultur. Das Budget für Bildung beträgt 2017 8,6 Mrd. Euro; daraus werden u.a. der weitere Ausbau von Ganztagschulen und Neuen Mittelschulen finanziert. 80 Mio. Euro werden in die Integration von schulpflichtigen Flüchtlingskindern investiert. Die Uni-Budgets wurden für die Periode 2016 bis 2018 um 630 Mio. Euro erhöht.

Investiert wird in Ausbildung, Qualifizierung und in Aktivierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt; ua. mit 1,6 Milliarden Euro für die Beschäftigungsförderung.

Zudem hat die Bundesregierung ein Sicherheitspaket geschnürt. Demnach stehen für die Landesverteidigung ein Budget von über 2,3 Mrd. Euro zur Verfügung, für Inneres 3,5 Mrd. Euro. Im Bereich der Landesverteidigung sind 2016 bis 2019 insgesamt 350 Mio. Euro als Sonderfinanzierung vorgesehen.

Für weitere Verbesserungen im Gesundheitsbereich sind zusätzlich 4,6 Mrd. Euro bis 2021 vorgesehen.

Darüber hinaus fordert Preiner mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Landwirtschaft.



Nationalrat Bgm. Erwin Preiner

Foto: GVV Burgenland

Österreichischer Gemeindepreis 2016: Gemeinde Lockenhaus als Landessieger ausgezeichnet

Mit dem „Österreichischen Gemeindepreis 2016“ wurden Gemeinden ausgezeichnet, die Außergewöhnliches geleistet haben.

Der „Österreichische Gemeindepreis 2016“ wurde initiiert, um Städte und Gemeinden für ihre Arbeit zu honorieren und die Besten in den Kategorien „Großer Gemeindepreis“, „Bürgermeisterin des Jahres“ und „Bürgermeister des Jahres“ zu ehren. Bis zum 31. August 2016 konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinden sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter www.gemeindepreis.at nominieren. Insgesamt gab es 7.303 Einreichungen. Eine Jury vergab ebenfalls Punkte, aus beiden Bewertungen wurden die Sieger ermittelt.

Landessieger im Burgenland wurde die mittelburgenländische Gemeinde Lockenhaus. Bundesweit hat die Marktgemeinde Lo-



GVV Präsident Erich Trummer, Bgm. Christian Vlasich, Bundesminister Wolfgang Sobotka, Gemeindebund Präsident Helmut Mödlhammer Foto: Gemeindebund

ckenhaus mit seinen 5 Ortsteilen (Lockenhaus, Glashütten, Hammerteich, Langeck und Hochstraß) von den 2.100 österreichischen Gemeinden den 5. Platz belegt, auch Bürgermeister Mag. (FH) Christian Vlasich ist als Bürgermeister des Jahres auf Rang 5 gelandet. „Für uns ist das ein hervorragendes

Ergebnis und ich bedanke mich bei allen, die mit ihrer Nominierung zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Die Marktgemeinde Lockenhaus ist eine Tourismusgemeinde in einer der walddominanten Regionen Österreichs, in Insiderkreisen gelten wir als der Hotspot der österreichischen Forstwirtschaft, mit 2 Staatspreisträgern für vorbildliche Forstwirtschaft. Unsere Naturparkgemeinde ist weit über die Grenzen bekannt: für das Orgelfestival auf der größten Orgel des Burgenlandes, das internationale Kammermusikfest Lockenhaus, die Ritterburg mit einzigartigem Kultraum und die barocke Wallfahrtskirche mit einer schwarzen Madonna – wir sind zu Recht eine der außergewöhnlichsten Gemeinden Österreichs!“, berichtet Bürgermeister Vlasich mit Stolz.

Auch GVV Präsident Erich Trummer und Gemeindebund Präsident Helmut Mödlhammer gratulierten recht herzlich.



**energie
BURGENLAND**

Ich bin Energie-Gewinner.

Ich fahr mit sauberem Strom –
und jetzt hat's auch der Papa kapiert.

**E-Mobil
mit 100%
Ökostrom.**

Was haben Kinder und E-Mobilität gemeinsam? Beiden gehört die Zukunft. Energie Burgenland investiert als Vorreiter im Bereich Ökostrom auch konsequent in den Ausbau des E-Tankstellennetzes – und entwickelt schon heute innovative Mobilitätsangebote für die nächste Generation. www.energieburgenland.at

Neue Gewerbeordnung bringt Erleichterungen

Die Bundesregierung hat sich auf eine Modernisierung der Gewerbeordnung geeinigt, die zahlreiche Erleichterungen für Unternehmen bringt und maßgeblich zum weiteren Bürokratieabbau in Österreich beitragen wird. Nach dem Start-up-Paket und dem Investitionspaket ist das laut Bundeskanzler Christian Kern die dritte Säule, die dafür sorgen soll, die Wirtschaft in Österreich zu stimulieren, Investitionsanreize zu schaffen und für Beschäftigung zu sorgen. „Unser Ziel ist, dass es in Österreich eine Freude sein soll, UnternehmerIn zu sein“, sagte Kern bei der Vorstellung der neuen Gewerbeordnung nach dem Ministerrat. Er bezeichnet die Einigung zur Gewerbeordnung als „deutlichen Fortschritt“ für Unternehmen.

Die neue Gewerbeordnung beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Deregulierung:

- Genehmigungsverfahren sollen vereinfacht werden: Die Novelle verankert ein One-Stop-Shop-Prinzip: Bau-, Naturschutz-, Wasser- und gewerberechtliche Genehmigung sollen aus einer Hand erfolgen.
- Gewerbebeanmeldungen werden kostenlos.
- Nebenrechte sollen ausgeweitet werden: Der Gewerbeumfang bei den Nebenrechten soll deutlich erweitert werden - bei reglementierten Gewerben auf 15 Prozent, bei den freien Gewerben auf 30 Prozent.
- Teilgewerbe sollen abgeschafft werden: 19 von 21 bisher reglementierten Teilgewerben werden freigestellt.
- Entscheidungsfristen für Behörden werden verkürzt: Bescheide sollen spätestens innerhalb von vier Monaten (statt bisher sechs) erlassen werden müssen.
- Betriebsanlagen mit geringem Gefährdungspotential sollen schneller genehmigt werden können (z.B. Gasthäuser).
- Aufwertung der beruflichen Ausbildung: Höhere Einstufung heimischer Meister- und Befähigungsprüfungen im internationalen Vergleichsrahmen.



Burgenlandtag von Bundeskanzler Christian Kern: Bundeskanzler Christian Kern besuchte am 18.10. das Burgenland. Neben einer Diskussion mit Studentinnen und Studenten der FH Burgenland und einem anschließenden öffentlichen Preetalk mit den Chefredakteuren von den Bezirksblättern und der BVZ in Eisenstadt stand vor allem die Abschlussveranstaltung im Martinhof in Neudörfel im Mittelpunkt des Besuchs. Foto: GVV Burgenland

Befragung: Gemeinden wünschen sich medizinische Versorgung vor Ort

In einer umfangreichen Befragung im Auftrag des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger wurden die Bedürfnisse der heimischen Gemeinden bei der medizinischen Versorgung erhoben. Rund 1.500 Kommunen haben sich daran beteiligt. Die Befragung wurde online über das Intranet-Portal www.kommunalnet.at durchgeführt.

Grundsätzlich ist die Zufriedenheit mit dem österreichischen Gesundheitssystem hoch. 87,4 Prozent der Gemeindevertreter glauben, dass die Bevölkerung „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ mit der medizinischen Versorgung ist. Auffällig dabei ist allerdings, dass die Zufriedenheit sinkt, je kleiner die Gemeinde ist. Der überwiegende Anteil der Gemeinden verfügt noch über einen oder mehrere Hausärzte im Gemeindegebiet. Im Großen und Ganzen kann man deutlich feststellen, dass die Bürgermeister der Meinung sind, dass das Gesundheitswesen funktioniert. Allerdings gibt es Verbesserungsbedarf. Die Befragung zeigt, dass die Gemeinden einen Mangel an Hausärzten befürchten. Selbst dort, wo derzeit ein Hausarzt vorhanden ist, sehen rund 55 Prozent der Gemeinden große Herausforderungen für die Zukunft der medizinischen Versorgung. In Gemeinden ohne praktischen

Kassenarzt steigt dieser Wert auf 74,7 Prozent. Dazu passt, dass sich die Fälle häufen, in denen offene Kassenstellen mehrfach ausgeschrieben werden müssen und sich oftmals kein einziger Bewerber findet. Noch sind so viele Ärzte und Ärztinnen wie noch nie in Österreich tätig – 2015 praktizierten laut Statistik Austria 44.000 Ärzte, davon 14.275 Allgemeinmediziner. Doch diese Situation wird sich stark verändern, denn ein Großteil der Ärzte kommt ins Pensionsalter. Bis 2020 werden knapp ein Drittel, bis 2030 drei Viertel, der Allgemeinmediziner 65 oder älter sein.

Es gibt einen großen Bedarf an „Nachfolgern“. Um gegenzusteuern raten Experten das bestehende Hausarztssystem weiterzuentwickeln und neue Versorgungs- und Kooperationsformen zu schaffen. Gefordert wird eine Reform der Honorarordnung und eine Verbesserung der Ausbildung, der Aufbau von Primärversorgungseinheiten als eine Ergänzung der Einzelpraxis, sowie neuer eHealth-Anwendungen als direkter Draht ins Gesundheitssystem (telefonisch oder online-basiert). Durch Letztere ergibt sich eine deutliche Entlastung des Systems und mehr Service an Tagesrandzeiten und an Wochenenden.

EU-Arbeitsprogramm 2017: „Für ein Europa das schützt, stärkt und verteidigt“

Die EU-Kommission präsentierte Ende Oktober unter dem Titel „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“, ihr Arbeitsprogramm für 2017. Damit ist die zentrale Linie vorgegeben, die großen Vorhaben beziehen sich auf die Bereiche Sicherheit, Verteidigung und Migrationspolitik. Das Programm enthält aber auch mehrere Vorschläge, die auf kommunaler Ebene umzusetzen sind.

Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft

Der Kreislaufwirtschafts-Aktionsplan, insbesondere die darin enthaltene Revision des Abfallrechts, befasst die kommunalen Interessensvertreter schon seit längerem, die Revision der Abfallrahmenrichtlinie wird 2017 zum Abschluss kommen.

Neu geplant sind folgende Vorschläge: Der Verordnungsvorschlag über Mindestqualitätsanforderungen für wiederverwendetes Wasser, die Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie sowie die nichtlegislative Strategie für die Verwendung, das Recycling und die Wiederverwendung von Kunststoffen.

Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt

Auch die digitale Binnenmarktstrategie ist nicht neu. Im Jahr 2017 soll aber eine Halbzeitbewertung stattfinden.

Für die Gemeindeebene relevant sind v.a. folgende Vorhaben:

- Neue Breitbandziele bis 2025: Downloadraten von 100Mbps flächendeckend und 1 Gigabit/s für Schulen, öffentliche Einrichtungen, Verkehrsknotenpunkte und Unternehmen;
- 5G-Aktionsplan: Drahtlose Kommunikationssysteme der 5. Generation in allen Städten und entlang wesentlicher Verkehrsrouten bis 2025;
- Verordnungsvorschlag WIFI4EU: Förderschiene für WiFi-Hotspots in Gemeinden.

Im Rahmen der Energieunion sind 2017 v.a. Initiativen im Bereich des emissions-

Energieunion

armen Verkehrs zu erwarten, die sich mittelbar, etwa über das Vergaberecht, auch auf die Gemeindeebene auswirken werden, wie zum Beispiel die Richtlinie zur Förderung sauberer Straßenfahrzeuge sowie die Überarbeitung der Rechtsvorschriften für PKW, Lastkraftwagen, Busse und Kleinlast-

Europäische Säule sozialer Rechte

Hier wird über eine Koordinierung und Abstimmung der sozialen Leistungssysteme diskutiert. Die Säule sozialer Rechte könnte als Bezugsrahmen für nationale Standards dienen. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten durch geeignete Informationen dabei zu unterstützen, mit EU-Partnern vergleichbare, aber von den jeweiligen Lebenshaltungskosten etc. abhängige Leistungsstandards, im Beschäftigungs- und Sozialbereich zu erreichen. Auch in sog. verbundenen Bereichen, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Arbeitszeitrichtlinie werden Initiativen angekündigt.

Sicherheitsunion

Unter dieser Rubrik finden sich Vorschläge zur Terrorismusbekämpfung, wie das Kappen von Finanzierungsquellen, sowie für ein EU-weites Reiseinformations- und -Genehmigungssystem.

Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda

Hier geht es u.a. um die Umsetzung bereits bekannter Vorschläge wie die Neufassung der Dublin III-Verordnung, die Aufnahme- und Anerkennungsrichtlinie sowie eine Reihe weiterer Bestimmungen.

Die Kommission widmet sich also weiterhin den großen Dingen. Dass es auch hier genügend Berührungspunkte mit der kommunalen Ebene gibt, zeigen allein die geplanten Maßnahmen in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und digitaler Binnen-



Europa-Abgeordnete Regner für ein sozialeres Europa

Für ein sozialeres Europa plädiert die Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Evelyne Regner. „Mir ist klar, dass die Handlungsspielräume der Kommission eng sind, vor allem weil die Mitgliedsstaaten selbst in vielen Bereichen bremsen. Ich bin aber überzeugt, dass die Antwort zur derzeitigen Lage der EU nur eine Stärkung des sozialen Europas sein kann. Europa braucht eine Soziale Säule, die die sozialen Rechte der EU-BürgerInnen stärkt.“ Bekenntnisse des Kommissionspräsidenten für ein soziales Europa würden nicht ausreichen, diese müssten mit konkreten Maßnahmen ausgestaltet werden, so Regner.

Gegen Steuertrickserien der Multis

Außerdem würden konkrete Vorschläge um die Steuertrickserien von Multikonzernen endgültig zu beenden fehlen, so Regner. „Eine Regulierung für die Sitzverlegung von Unternehmen in Europa fehlt im Arbeitsprogramm. Das wäre ein weiterer Schritt im derzeit rechtsleeren Raum.“ Es könne nicht sein, dass Unternehmen ihre Firma in einem Mitgliedstaat auflösen oder komplizierte Unternehmenskonstrukte bilden müssten, um ihren Sitz in einen anderen Mitgliedstaat zu verlegen, so die Europa-Abgeordnete. Dieser Umstand eröffne Tür und Tor „um Steuern, ArbeitnehmerInnenschutzstandards und Mitbestimmungsrechte zu umgehen. Außerdem fordere ich die Zurückziehung der Richtlinie zu den Einpersonengesellschaften, ansonsten schaffen wir uns eine eigene EU-Rechtsform für Briefkastenfirmen.“



Turbo-Kreisverkehr in Siegendorf fertiggestellt: Nach vier Monaten Bauzeit wurde der „Turbokreisverkehr“ bei der Siegendorfer Zuckerfabrik fertiggestellt. Es handelt sich um einen zweispurigen Kreisverkehr samt einer Ampelanlage. Seit 2. November sind alle Spuren für den Verkehr freigegeben. An Spitzentagen werden bis zu 28.000 Fahrzeuge gezählt. Mit dem Kreisverkehr wird die Durchflussgeschwindigkeit erhöht und die Kapazität um 20 bis 25 Prozent erhöht. Die Kosten für den Turbokreisverkehr betragen 2,5 Millionen Euro. Im Bild: Straßenbaurat Helmut Bieler mit den Bürgermeistern Rainer Porics (Siegendorf), Johann Frank (Klingenbach), Helmut Zakall (Zagersdorf), Friedrich Zarits /Wulkaprodersdorf) sowie GR LAbg. Robert Hergovich (Trausdorf) und Baudirektor DI (FH) Wolfgang Heckenast.

Foto: LMS



Bürgermeisterwechsel in Drassburg!

Der erste Bürgermeisterwechsel der SPÖ im Rahmen der „365 Tage Regelung“, die einen Wechsel des Bürgermeisters durch den Gemeinderat ein Jahr vor der regulären Bürgermeisterdirektwahl ermöglicht, ging am 18.11. in Drassburg, Bezirk Mattersburg, über die Bühne. Der bisherige Gemeindevorstand Ing. Christoph Haider, Jahrgang 1975, übernimmt das Amt von Rudolf Ivancsits. Im Rahmen der Gemeinderatssitzung wurde auch Claudia Müllner, bisher Gemeinderätin, zur neuen Gemeindevorständin der SPÖ gewählt. Zu den Gratulanten zählte auch Haiders Vorgänger als Bürgermeister, der jetzige Landtagspräsident und SPÖ Bezirksparteivorsitzende, Christian Illedits, SPÖ Ortsparteivorsitzende und Gemeindevorständin Renate Tomassovits sowie GVV Vizpräsidentin BR Bgm. Inge Posch-Gruska. Die nächsten Wechsel werden in Unterkohlstätten, Piringsdorf und Klingenbach erfolgen.

Foto: SPÖ Drassburg

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
 www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M